

Tagungsdokumentation
Bensberger Gespräche
Europa in der Krise
25.-27. Januar 2006 in Bensberg
Dokumentation: Ernst-Ulrich Stricker

Welche Herausforderungen bietet Europa für die politische Bildung?

Prof. Dr. Eckart Stratenschulte,
Europäische Akademie, Berlin

„Die Grundvoraussetzung einer funktionierenden Demokratie ist die aktive Teilnahme der Bürger an den demokratischen Entscheidungsprozessen.“ Was für den Nationalstaat gilt, hat nach Auffassung von Prof. Stratenschulte auch für den europäischen Rahmen seine Bedeutung, zumal Grundsatzentscheidungen über die Ausrichtung der Gesellschaft zunehmend auf europäischer Ebene getroffen würden und es daher unabdingbar sei, dass sich die Bürger auch im europäischen Kontext engagieren.

„Die Menschen sind da, die Probleme sind da, Entscheidungsstrukturen sind da, fehlt der Demos?“ Es könne nicht demokratisch sein, wenn Entscheidungen ohne „Demos“, ohne öffentliche, europaweite Auseinandersetzung getroffen werden und auch die unterschiedlichen Sprachen könnten hier keine Begründung sein, die akzeptiert werden könne und dürfe.

Die Forderung, Europa müsse partizipativer und transparenter werden, wie sie auch im Vertrag über eine Verfassung für Europa berücksichtigt ist, greife dies auf. Sie weise auf die pädagogische Verpflichtung hin, Europa seinen Bürgern so nahe zu bringen, dass sie sich nicht nur in dem geographischen, sondern auch in dem politischen Raum Europa sicher bewegen könnten.

Europapolitische Bildung habe in erster Linie die Aufgabe, bei ihren Bemühungen die Ursprungsidee der Europäischen Union als Schicksalsgemeinschaft in den Vordergrund zu stellen, eine Gemeinschaft, die auf dem Gedanken der Solidarität basiere und durch friedliche Integration in Vergangenheit und Zukunft den Herausforderungen der Zeit begegne. Zugleich werde damit auch zu einer europäischen Identität beigetragen.

Dabei sei die Ausgangslage schwierig. Während die Europäische Union nach außen sehr attraktiv sei, seien die eigenen Bürger nur mäßig begeistert und auch die positiven Errungenschaften wie Reisefreiheit, Binnenmarkt oder das Reisen ohne Umtausch würden schnell als selbstverständlich angesehen, für Probleme gerne die EU verantwortlich gemacht. Für diesen Missstand trügen die nationalen Politiker ein großes Maß an Mitschuld, da sie durch Hinweis auf Brüssel gerne von der eigenen Verantwortung ablenkten. Auch der Kenntnisstand der Menschen über die politischen Strukturen und Entscheidungsprozesse seien gering, zwar stünden Informationen in großer Zahl, jedoch wenig anschaulich und übersichtlich zur Verfügung.

Nach Prof. Stratenschulte ergibt sich hieraus für eine europapolitische Bildung die Herausforderung, einer wenig interessierten Öffentlichkeit ein schwieriges Thema zu vermitteln, welches dann auch noch bei vielen Menschen negativ besetzt sei.

Als Ausweg böten sich nur dialogische Veranstaltungen und Verfahren an, denn nur der Dialog, welcher die Zweifel und Widersprüche der Menschen aufnehme, könne das Problem lösen. Auch im Sinne der Zuwendungsgeber unkonventionelle

Verfahren (bi- und multinationale Begegnungen) müssten angewandt und auch bildungsferne Teilnehmer angesprochen werden. Dabei gelte es zu beachten, dass nicht die Vermittlung von Detailwissen im Vordergrund stehen dürfe, sondern es müsse gelingen, den Transfer von den aktuellen Themen der EU zur der großen Idee der Schicksalsgemeinschaft herzustellen.

Im Anschluss an den engagierten Vortrag, der auch die Vorzüge der Europäischen Akademien in Deutschland bei der Vermittlung der Thematik nicht aussparte, hatten die Teilnehmer Gelegenheit, Fragen zu stellen. Hier wurde die „Eurokratie“ noch einmal als kontraproduktiv für die Vermittlung Europas an seine Bürger bewertet, worauf Prof. Stratenschulte die Notwendigkeit betonte, die oft komplexen und unverständlichen Einzelentscheidungen in Brüssel (z.B. die Normierung von Bananen oder Traktorensitzen) auf das Grundsätzliche (hier den Binnenmarkt) und auf die Grundidee der europäischen Einigung zurückzuführen, was dann ein Verständnis sicherlich erleichtere. Des Weiteren bestand Einigkeit, Europa nicht nur als Schicksalsgemeinschaft sondern auch als Gestaltungsgemeinschaft zu begreifen.

Letztendlich wurde der Widerspruch wahrgenommen, dass Europa in der Lebenswelt der Bürger nicht vorkomme, obwohl es stark in deren Alltagsleben eingreife und der Referent beendete diese Veranstaltung mit der Aufforderung, bei den Medien die Nachfrage nach europapolitischen Themen zu intensivieren, da dies helfe könnte, deren mediale Präsenz zu erhöhen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Bereich der Wissensvermittlung in der europapolitischen Bildung genauso wichtig ist, wie der Bereich des plastischen Erlebens von Europa z. B. in Form von Begegnungsveranstaltungen. Des weiteren lässt sich ebenfalls feststellen, dass von der politischen Bildung eine stärkere Motivation zu Europa ausgehen muss, allerdings ohne auch kritische Anmerkungen zu verschweigen. Für diese gesamtgesellschaftlichen wichtigen Aufgaben, die auch im Interesse der Politik liegen, müssen ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden.